

# GdP: Kurz berichtet

August 2004



1. **Wie kommt der Mähdrescher auf's Feld?**
2. **Kurt Beck bei Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen**
3. **Tarif: Ratgeber Gesundheit beim Bundesministerium**
4. **Kostensenkungen in Unternehmen und hohe Management-Gehälter**
5. **Vodaklau**
6. **Bekämpfung der Schwarzarbeit**
7. **Leserbrief „Sportbekleidung“**
8. **Filmtipp: Fahrenheit 9/11 - Dokumentarfilm von Michael Moore.**
9. **Polizei: Unterbesetzt und überlastet**
10. **Zweifel am Neoliberalismus erreicht die USA**
11. **Manager-Leid**
12. **Sven Giegold in Mainz**
13. **Inverse Telefonnummern-Suche bei Telekom**
14. **Zur Erinnerung**

## **1. Wie kommt der Mähdrescher auf's Feld?**

Landwirtschaftliche Fahrzeuge dürfen nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung eine Höchstbreite bis drei Meter aufweisen, darüber hinaus muss gemäß § 29 Abs. 3 StVO bei Fahrten auf öffentlichen Straßen eine Erlaubnis eingeholt werden. Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat in diesem Monat angekündigt, in einem auf drei Jahre befristeten Pilotversuch die Anforderungen an den Großraum- und Schwerverkehr in der Landwirtschaft zu erleichtern und die Genehmigungspraxis für landwirtschaftliche Fahrzeuge über drei Meter bis 3,50 Meter zu erleichtern.

## **2. Kurt Beck bei Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen**

Nachdenkliche Töne bei der Arbeitnehmerkonferenz in Mainz: MP Kurt Beck diskutierte mit Alfred Klingel, Betriebsratsvorsitzender der Adam Opel AG Kaiserslautern und dem DGB-Vorsitzenden Dietmar Muscheid die vielfältigen Auswirkungen der Reformen für die Menschen in Deutschland. „*Wir befinden uns mitten in einem Umbruch, in einer Gezeitenwende*“, meinte Beck. „*Viele suchen nach einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und alten sozialistischen Ideen. Es gibt angesichts der Globalisierung derzeit eindeutig mehr Fragen als Antworten.*“ Beck warnte bei aller berechtigten Kritik vor einer Überforderung von Parteien und Gewerkschaften.

Die AFA-Konferenz wandte sich in einem Beschluss gegen die Verlängerung der Arbeitszeiten –auch der Lebensarbeitszeit. Weitere Diskussionspunkte waren die Absenkung der Tarif-

löhne und die Folgen der Einführung des Arbeitslosengeldes II. Für die GdP nahmen Bernd Becker und Ernst Scharbach an der Diskussion teil.

### **3. Tarif: Ratgeber Gesundheit beim Bundesministerium**

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung hat einen „[Ratgeber zur gesetzlichen Krankenversicherung](http://www.die-gesundheitsreform.de/presse/publikationen/broschueren.html?param=ban)“ (<http://www.die-gesundheitsreform.de/presse/publikationen/broschueren.html?param=ban>) veröffentlicht. Der Ratgeber liefert auf 120 Seiten Antworten auf die Fragen der Versicherten, gibt Verhaltenstipps und sorgt für einen bessern Durchblick im Gesundheitssystem.

### **4. Kostensenkungen in Unternehmen und hohe Management-Gehälter**

„Der eine trägt das Holz, der andere wärmt sich daran.“ Joachim Mertes, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, ruft dazu auf, das deutsche Modell einer guten Gesprächskultur zwischen den Tarifparteien nicht leichtfertig durch Drohungen von weit reichenden Kostensenkungen zu Lasten der Beschäftigten in Frage zu stellen; dies besonders nachdem mehrere große Unternehmen Kosteneinsparungen oder Arbeitszeitverlängerungen gefordert hatten bzw. umsetzen werden. Mertes: "Wir brauchen keinen Stellungskrieg zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern." Es dürfe jedenfalls nicht sein, so Mertes, dass in den Schützengräben zu Lasten der Arbeitnehmer und der Wettbewerbsfähigkeit gekämpft werde und die CDU mit ihren arbeitnehmerfeindlichen Vorstellungen in den Kasematten hocke und Nachschub liefere.

In Deutschland gingen nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 21./22. Juli zwischen 1993 und 2003 pro Jahr und 1.000 Beschäftigten jahresdurchschnittlich nur 4,9 Arbeitstage verloren. In Rheinland-Pfalz und im Saarland waren im gleichen Zeitraum gleichfalls nur 1,6 Arbeitstage je 1.000 Beschäftigte durch Streiks ausgefallen. Währenddessen sind in den USA in den 90er Jahren nach einem aktuellen Bericht der Financial Times Deutschland 42,5 Arbeitstage durch Streiks ausgefallen, was für Mertes für ein funktionierendes Gesprächsklima zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Deutschland spricht.

Hohe Verluste, verursacht durch Unternehmensführungen, wie sie beispielsweise auch Konzernchef Jürgen Schrempp allenthalben nachgesagt werden, sollten bei den aktuellen Kostendebatten nicht in Vergessenheit geraten: Verluste mit Schrempp beispielsweise durch den Zusammenschluss mit Chrysler, den Erwerb und danach das verlustreiche Abstoßen des niederländischen Flugzeugherstellers Fokker oder auch das nachträgliche Einstellen der finanziellen Unterstützung von Mitsubishi Motors bei weiterer Anteilsbeteiligung.

Mertes: "Verkehrte Welt - nach einem Bericht der Berliner Zeitung von letzter Woche werden Fehlentscheidungen und Missmanagement von Unternehmensvorständen durch spezielle Versicherungen abgedeckt. Dem Zeitungsbericht zufolge wird über einen Schadensfall von 243 Millionen Euro durch eine Versicherung verhandelt, den Vorstandschef Jürgen Schrempp beim Zusammenschluss mit Chrysler verursacht habe. Vergleicht man dies mit den vom DaimlerChrysler-Management geforderten 500 Millionen Euro Kosteneinsparungen von den Beschäftigten, kann man sich nur die Augen reiben." Auch Edzard Reuter, ehemaliger Chef von Daimler-Benz, nennt die hohen Millionengehälter in den deutschen Unternehmensvorständen zu Recht unmoralisch und ethisch nicht begründbar.

### **5. Vodaklau**

*"Die Heuchelei des Konzerns Vodafone ist kaum zu überbieten", so Detlev von Larcher von der Attac-AG Steuern. "Die Manager werden mit zweistelligen Millionensummen abgefunden mit der Begründung, der Konzern habe durch die Mannesmann-Übernahme stark an Wert*

*gewonnen. Gleichzeitig will Vodafone den öffentlichen Kassen 20 Milliarden Euro vorenthalten auf Grund von Wertverlusten, die diese Übernahme dem Konzern auf dem Papier beschert hat." Dieser Vorfall sei ein deutliches Beispiel dafür, wie Gewinne privatisiert, Verluste dagegen sozialisiert würden. "Da das Gericht nicht auf Untreue entschieden hat, werden das jetzt die Kunden tun; sie werden Vodafone untreu werden und mit diesem Unternehmen keine Geschäfte mehr machen. Von vielen Vertragskündigungen wissen wir schon jetzt; es werden sicher noch sehr viel mehr."*

Internetseite der Kampagne: [www.attac.de/vodaklau](http://www.attac.de/vodaklau)

## **6. Bekämpfung der Schwarzarbeit**

Wer Handwerker und andere Unternehmer mit Arbeiten an einem Grundstück oder Gebäude beauftragt, muss immer eine Rechnung verlangen und diese dann mindestens zwei Jahre lang aufbewahren. Dies gilt auch dann, wenn der Beleg für steuerliche Zwecke nicht benötigt wird. Auf diese seit 1. August geltende Änderung des Umsatzsteuergesetzes weist das rheinland-pfälzische Finanzministerium hin. Die Neuregelung steht in Zusammenhang mit dem "Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung". Die bisher häufig gestellte Frage "Brauchen Sie eine Rechnung?" ist somit nicht mehr zulässig; die Unternehmer sind bei solchen Umsätzen zur Ausstellung einer ordnungsgemäßen Rechnung gesetzlich verpflichtet.

Die Nichtbefolgung dieser Pflichten ist eine Ordnungswidrigkeit, die künftig mit einer Geldbuße von bis zu 500 Euro bei den Auftraggebern und bis zu 5000 Euro bei den Unternehmern geahndet werden kann. Für Kontrollen ist die Zollverwaltung zuständig.

## **7. Leserbrief „Sportbekleidung“**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dem Landesjournal der Deutschen Polizei war zu entnehmen, dass die Beschaffung der Sportbekleidung auf zwei Jahre ausgesetzt wurde. Ich kann mir derartige Vorgehensweisen des Dienstherrn kaum vorstellen. Wir sind Polizeivollzugsbeamte und keine Verwaltungsbeamte! Der Dienstsport und Weiterbildungen -z.B. Einsatztraining- sind fester Bestandteil unseres Berufes.

Ich selbst bin zudem noch Angehöriger einer MEG. Hier werden ständig Eingriffstechniken trainiert. Wie soll so etwas ohne Sportbekleidung funktionieren. Der Einsatz von privater Sportbekleidung ist wohl etwas zu viel verlangt.

Im Hinblick auf die WM 2006 dürfte noch viel Einsatztraining vermittelt werden. Hier ist ordentliche Sportbekleidung unabkömmlich.

Bitte setzt euch dafür ein, dass die Ausgabe von Sportbekleidung wieder erfolgt. Eine andere Lösung wäre vielleicht eine Einführung eines Kleiderkontos, so wie es das Land Hessen hat. Dann könnte jede Kollegin oder Kollege selbst entscheiden, welche Einsatzbekleidung am nötigsten gebraucht wird.

Mit freundlichen Grüßen

M.C.

Anmerkung der Redaktion: Zur Frage Kleiderkonto ist eine AG tätig. Ausführlicheres steht in der übernächsten ‚Deutschen Polizei‘ im Oktober.

## **8. Filmtipp: Fahrenheit 9/11 - Dokumentarfilm von Michael Moore.**

Eine erbarmungslose Abrechnung mit der Politik unter Präsident George W. Bush von dessen umstrittener Wahl im November 2000 bis zum Irak Krieg.

Mit dem ihm eigenen Biss setzt Michael Moore Ausschnitte aus TV Nachrichten, offizielle Erklärungen, Archivbilder sowie bislang unveröffentlichte Videos zu dem provokativ kommentierten Porträt des Präsidenten zusammen.

Zum gemeinsamen Kinobesuch hatte die Bezirksgruppe Mainz eingeladen – die Diskussion wurde danach bei einem kühlen Bier in der Andau fortgesetzt. Einhellige Meinung der Kolleginnen und Kollegen: „*Unbedingt sehenswert!*“

### **9. Polizei: Unterbesetzt und überlastet**

„Die Feuerwehr Mörsbach hatte Fahnen im Festzelt bei der Feier ihres 30-jährigen Bestehens aufgestellt. In der Nacht von Sonntag auf Montag wurden zwei gestohlen. Die vermutlichen Täter konnten Angehörige der Feuerwehr ermitteln. Sie hatten einen Verdacht und daraufhin eigene Nachforschungen angestellt. Der Verdacht bestätigte sich. Bis dahin ging alles recht zügig. Dann wurde die zuständige Polizei eingeschaltet - und das Warten begann. 'Wir mussten mehrmals anrufen', berichtet Feuerwehr-Vorsitzender Siegfried Knabe. Man wurde getröstet: *'Wir haben nur ein Fahrzeug zur Verfügung'*, entschuldigte sich ein Mitarbeiter der Hachenburger Dienststelle. Dieser Einsatzwagen war durch eine Unfallaufnahme blockiert. Die Feuerwehr-Leute haben in der ganzen Zeit in der Nahe der Verdächtigen gestanden. Es waren Jugendliche aus einem anderen Ort. Die Fahnen waren auch noch da. Über zwei Stunden warteten die Feuerwehrleute auf die Polizei. So sei eben die Situation zurzeit im Polizeidienst - unterbesetzt, überlastet, entschuldigten sich die Beamten.“

(aus der Rhein-Zeitung)

### **10. Zweifel am Neoliberalismus erreicht die USA**

„Der demokratische US-Senator Charles Schumer hat in einem Schreiben an die *New York Times* zum Protektionismus aufgerufen. Die Doktrin des Freihandels müsse überdacht werden, fordert der einflussreiche Politiker aus New York. „Zweifel am Freihandel“ (Second Thoughts on Free Trade) lautet der Titel des Beitrags, den Schumer zusammen mit Paul Craig Roberts, einem ehemaligen Chefideologen der Reagan-Regierung, am Dienstag platzierte.

Auf Grund der Entwicklungen in der heutigen globalisierten Wirtschaft müsse die vor 200 Jahren formulierte Theorie des Freihandels revidiert werden, schreibt Schumer. Einige der Grundvoraussetzungen seien heute fragwürdig geworden.

Es gehe nicht mehr an, Zweifel am Freihandel als „Protektionismus“ abzutun. In der Vergangenheit habe er den Freihandel unterstützt, aber jetzt müsse die US-Handelspolitik den "neuen Realitäten" angepasst werden.

Schumer ist Senator von New York und als solcher ein Vertreter der Wall Street, also des Finanzkapitals. Eine führende Investmentbank aus New York habe die Absicht, in den nächsten drei Jahren ihr ganzes Team von Software-Ingenieuren, die je zirka 150000 Dollar im Jahr verdienen würden, durch Inder mit einem Jahreslohn von 20000 Dollar zu ersetzen, schreibt Schumer. Dies zeige, dass keine Branche gegen die zerstörende Mobilität des weltweiten Kapitals gefeit sei. Er befürchte, dass Amerika in eine neue Ära eingetreten sei, in der praktisch jeder amerikanische Arbeiter mit Niedriglohn-Konkurrenten aus Übersee wetteifern müsse. In einer solchen Situation sei das Festhalten an der Freihandelsdoktrin nicht mehr möglich.“

(aus der Frankfurter Rundschau)

## 11. Manager-Leid

*"Die Durchschnittsmanagergehälter liegen im internationalen Vergleich in der unteren Hälfte. Die Löhne liegen im oberen Bereich im internationalen Vergleich."*

Michael Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI)

## 12. Sven Giegold in Mainz

*„Ich hätte nicht gedacht, dass es so viele Überschneidungen und Gemeinsamkeiten zwischen der GdP und Attac gibt“, resümierte **Sven Giegold**, Gründungsmitglied von Attac-Deutschland das Treffen mit der GdP in Mainz. Giegold diskutierte mit den GdP’lern Fragen von Steueroasen und Steuerhinterziehung und interessierte sich besonders für die praktischen Probleme, die die Polizisten bei Finanzermittlungen erleben. GdP-Landesvorsitzender **Ernst Scharbach**: „Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit trocknen die öffentlichen Haushalte immer mehr aus. Damit wird die Finanzierbarkeit der staatlichen und somit auch der polizeilichen Dienstleistungen in Frage gestellt.“*

Im zweiten Teil des Treffens, an dem Vertreter der Regionalgruppen von Attac aus Bad Kreuznach, Kaiserslautern und Mainz und mehrere Vertreter anderer Gewerkschaften teilnahmen, stellte Giegold die Arbeitsschwerpunkte von Attac dar. In der anschließenden Diskussion wurden ebenso gemeinsame Aktionsmöglichkeiten diskutiert.

Über den Fachausschuss Kriminalpolizei wird eine gemeinsame Veranstaltung mit EuroCOP und dem Bundesvorstand anvisiert. Auch hier sollen internationale Finanzermittlungen im Zentrum der Erörterung stehen.

## 13. Inverse Telefonnummern-Suche bei Telekom

Vermutlich ab September besteht die Möglichkeit der inversen Suche über den Auskunftsbetreiber (z.B. 11833). Zu einer Rufnummer kann man den Namen und die Anschrift des Teilnehmers erfragen. Man kann der inversen Suche widersprechen. Der Widerspruch wird automatisch registriert, wenn man von dem Anschluss, der von der inversen Suche ausgeschlossen sein soll, die Rufnummer 0137 5 103300 anruft. Die Suche umfasst nur die Nummern, die bei dem jeweiligen Netzbetreiber registriert sind. An der inversen Suche werden sich nicht alle Firmen beteiligen.

Der Anruf kostet 0,12 EUR aus dem Festnetz der T-Com.

## 14. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen?	Auto kaufen?	PSW 06131/96009-0.
------------	--------------	--------------------

v.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz